

Platz abbeck

Nr. 1, 27. Februar 2015

DIE LINKE.

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Kobanê ist befreit! Es lebe der Widerstand!

Der kurdischen Bewegung ist es nach monatelangen harten Kämpfen Ende Januar 2015 gelungen, die Stadt Kobanê von Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) zurückzuerobern. Der Einsatz der Volksverteidigungseinheiten (YPG) und der darin gebildeten Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), aber auch die ungebrochene Solidarität der kurdischen Bevölkerung und ihrer Organisationen in der Region und weltweit haben ihren Teil dazu beigetragen.

Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ war im vergangenen September brutal in die Enklave Kobanê vorgedrungen und hatte in den vergangenen Monaten zeitweise mehr als die Hälfte der Stadt eingenommen. Zehntausende Menschen wurden in die Flucht getrieben. Es begann ein erbitterter Kampf zwischen den kurdischen Widerstandskämpfer/-innen und dem IS. Doch mit Hilfe von Luftangriffen der USA und ihrer Verbündeten gelang es den Kurden, die Extremisten nach und nach zurückzudrängen. Sie erhielten dafür auch Unterstützung von kurdischen Kämpfern aus dem Irak, die schwere Waffen nach Kobanê brachten. Kobanê ist befreit, nun geht es um den Wiederaufbau der völlig zerstörten, in Trümmern hinterlassenen Stadt.

Mehr zum Thema:

<http://civaka-azad.org/asia-abdullah-aus-kobane-mythos-der-unbesiegbarkeit-des-ist-gebrochen/>,

<http://civaka-azad.org/kobane-bereits-200-doerfern-befreit-francois-hollande-empfaengt-pyd-und-ypj-paris/>,

<http://civaka-azad.org/die-frauen-der-ypj-einfach-vom-himmel-gefallen/>

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/kobane-nach-islamischer-staat-terror-deutscher-helfer-im-interview-a-1016964.html>

Benefizkonzert „Kölner helfen“:

Am 31. Januar 2015 fand zu Gunsten der Flüchtlinge, vor allem Flüchtlingskinder aus Kobanê und dem Nordirak ein Benefizkonzert in Köln statt. Mit ca. 400 Besu-

Wohngeld: Kommunen müssen Druck machen!

Wohngeld erhalten Menschen mit geringem Einkommen. Damit soll sichergestellt werden, dass sie keine Hartz-IV-Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Für die Städte und Gemeinden hat das noch einen anderen Nebeneffekt: Das Wohngeld zahlt der Bund, die Kosten der Unterkunft hauptsächlich die Kommune.

Doch immer mehr Menschen fallen aus dem Wohngeldbezug heraus: In Köln seit 2011 ca. 4.000 Haushalte. Das sind 38 % der Berechtigten. Schuld ist die Entwicklung der Mieten. Sie sind in Köln von 2010 bis 2013 um 20 % gestiegen. Gleichzeitig sind sowohl die Mietobergrenzen, als auch die Regelsätze im Sozialgesetzbuch 2. Teil (SGB II) leicht gestiegen. Im Klartext: Das Wohngeld ist inzwischen so wenig wert, dass immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen plus Wohngeld noch unter den Hartz-IV-Regelsätzen liegen. Sie müssen ergänzendes (aufstockendes) ALG II beantragen, um überhaupt auf das Existenzminimum zu kommen.

Das Geld, das die Kommune für die gestiegenen Kosten der Unterkunft ausgibt,

fehlt an anderer Stelle. Der Anteil der Sozialausgaben an den kommunalen Haushalten steigt seit Jahren immer weiter an: Im Jahre 2000 waren es 17,9 %, im Jahre 2014 24,1 % an den Gesamtausgaben der Kommunen. Mit anderen Worten: Das Geld, das Köln für ausreichend Plätze in Kitas und offenen Ganztagsgrundschulen, die Sanierung öffentlicher Gebäude oder den Erhalt der Schwimmbäder fehlt, gibt der Bund aus. Der Bund benutzt Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, den Menschen die sozialen Leistungen zu kürzen. Da sagen DIE LINKE klar: Nein, das machen wir nicht mit!

Zusammen mit allen anderen demokratischen Parteien haben wir im Februar einen Ratsantrag verabschiedet, den DIE LINKE initiiert hat. Darin fordert der Rat die Bundesregierung auf, die angekündigte Wohngeldnovelle zu beschleunigen und spätestens zum 1.10.2015 in Kraft zu setzen. Außerdem fordern wir, die Heizkostenkomponente wieder einzuführen. Sie wurde ab 2009 bereits schon einmal mit einberechnet. Als die CDU-FDP-Bundesre-

Am Samstag, den 21. Februar demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen das Verbot der kurdischen Autonomiebewegung PKK. Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, wies in seiner Rede auf einen aktuellen



Antrag der Bundestagsfraktion hin, der fordert, das Betätigungsverbot sofort aufzuheben.

Fotos: Berfo Baran



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

Fortsetzung von Seite 1

gierung sie 2011 wieder abschaffte, fielen viele Haushalte aus dem Wohngeldbezug heraus. DIE LINKE fordert - im Gegensatz zu den übrigen Parteien - die Stromkosten ebenfalls mit einzuberechnen. Strom gehört ebenso wie Heizung zu den unverzichtbaren Betriebskosten für eine Wohnung. Die Preise für beide sind in den letzten Jahren extrem gestiegen und führten zur sog. „Energiearmut“ in vielen Geringverdiener- und Rentnerhaushalten.

Außerdem spricht sich der Rat dafür aus, das Wohngeld zu dynamisieren, d. h. an die aktuelle Preisentwicklung anzupassen und regelmäßig zu erhöhen, ohne dass das jedes Mal der Bundestag beschließen muss. Denn seine Mühlen mahlen bekanntlich langsam, die letzte Wohngeldanpassung ist sechs Jahre her. Wenn die bisherigen Regelungen so bleiben, würde das bedeuten, dass ab 2017 der Bund wieder jedes Jahr 9 % am Wohngeld kürzt, weil die Menschen aus dem Bezug fallen, wenn die Leistungen nicht inflationsbereinigt sind.

Schließlich wird die Bundesregierung noch aufgefordert, den Zuschmitt der Mietstufen zu überprüfen und an dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Mietpreisindex auszurichten. Je höher die Mieten in der jeweiligen Kommune, desto höher ist auch das Wohngeld. Bisher landete Köln nur in der fünften von sechs Kategorien, nach Stuttgart, München und Hamburg. Die Mieten haben aber inzwischen auch in Köln so angezogen, dass hier eine Überprüfung längst fällig erscheint.

Nicht wenige werden sich fragen, wie so eine gemeinsame Resolution nötig war. Schließlich hat die Bundesregierung schon erklärt, eine Wohngeldnovelle vorzubereiten. Es gibt auch einen Referentenentwurf. Der sieht allerdings weder eine Dynamisierung, wie sie auch der Stadtrat NRW fordert, noch die Einführung einer Heizkostenpauschale vor, entgegen anderslautender Äußerungen der sozialdemokratischen Bundesbauministerin Hendricks. Die Heizkosten werden lediglich in die Tabellenwerte integriert, indem der Anstieg der Bruttowarmmiete berücksichtigt wird, der jedoch auch nur zum Teil. Dabei fließen außerdem die im Moment relativ günstigen Energiepreise ein.

Außerdem macht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung misstrauisch. Ursprünglich sollte der Wohngeldetat von 500 Mio. Euro auf 630 Mio. Euro anwachsen. Geblieben sind ganze 530 Mio. Euro. Mit denen wird man höchstens eine Wohngeldnovelle light finanzieren können. Wer eine Wohngelderhöhung will, die diesen Namen auch verdient, kommt am Druck aus den Kommunen nicht vorbei.

Jörg Detjen

Eine Lösung für die E-Scooter muss gefunden werden!

Seit Weihnachten ist es den Nutzern von E-Scootern nicht mehr möglich, die Fahrzeuge der Kölner Verkehrsbetriebe zu benutzen. Elektrorollstühle sind nicht betroffen. Die wesentlichen Unterschiede zwischen E-Scooter und Elektrorollstuhl sind: Die Scooter werden über eine Lenkstange ähnlich wie bei einem Moped gelenkt. Die klassischen E-Rollstühle über einen Joystick. Oft sind die Scooter wesentlich länger als eine E-Rollstuhl. Der Scooter braucht zum Manövrieren mehr Platz als der E-Rollstuhl. Die Scooter sind in den letzten Jahren auf dem Vormarsch.

Immer mehr Menschen nutzen das Gerät, um am öffentlichen Leben teil haben zu können. Seit Weihnachten sind die mobilitätseingeschränkten Menschen, die auf einen Scooter angewiesen sind, bei der KVB ausgeschlossen. Viele Senior/-innen und gehbehinderte Menschen konnten somit über die Weihnachtsfeiertage ihre Freunde und Familien nicht besuchen. Begründet wurde diese Maßnahme durch ein Gutachten des Studieninstituts für unterirdische Verkehrsanlagen, welches die Standsicherheit von E-Scootern im Linienbusverkehr untersucht hat, allerdings nur theoretisch. Es kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer Gefahrenbremsung eine Kipp- bzw. Rutschgefahr für diese Transportmittel besteht.

Behindertenverbände und -organisationen sind über das Beförderungsverbot empört. Die demokratischen Fraktionen und Gruppen im Kölner Rat kritisierten das plötzliche Beförderungsverbot vor Weih-

nachten. Der Landesbehindertenbeirat NRW fordert in einer Resolution vom 9. Januar die Rücknahme dieses Verbotes. Der Ausschluss einer wachsenden Gruppe mobilitätseingeschränkter Personen von der Nutzung des ÖPNV und insbesondere derjenigen, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes keine alternative Fortbewegungsmöglichkeit als den E-Scooter haben, ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. Während in Hamburg, Berlin, Bremen und vielen anderen Städten die E-Scooter weiterhin im ÖPNV befördert werden und Düsseldorf die Beförderung nur in Bussen ausschließt, hat die KVB ein Verbot für Busse und Bahnen erlassen.

In der Verkehrsausschusssitzung im Januar diesen Jahres stand die KVB Rede und Antwort. Es wurde mitgeteilt, dass im ersten Quartal 2015 reale Tests durchgeführt werden. Hierbei soll die Stadtfestigkeit der E-Scooter bei einer realen Bremsung überprüft werden. Bis Ostern soll das Ergebnis feststehen. In anderen Städten sind solche Tests bereits durchgeführt worden - mit schlechtem Ergebnis.

Sollten die realen Tests in Köln und NRW auch zu dem Ergebnis kommen, dass die Stadtfestigkeit der Scooter nicht gewährleistet ist, muss über technische Nachrüstung in Kölns Stadtbahnen nachgedacht werden. Die Frage nach Platzverbrauch und den Kosten für solche Nachrüstungen darf nicht den Ausschlag geben, denn die Stadt und ihre Unternehmen sind dem Ziel der Inklusion verpflichtet.

Michael Weisenstein

cher/-innen war diese Veranstaltung, die von TÜDAY und der Kinderhilfe Mesopotamien e.V. organisiert wurde, ein voller Erfolg. Durch den Abend führte der bekannte Kölner Kabarettist Fatih Çevikkollu. Es gab musikalische Beiträge von Mehmet Akbas und Band, Rolly Brings, Miljö und der Microphone-Mafia.

Der Erlös aus dem Konzert kommt vollständig den Flüchtlingen aus Syrien und dem Nordirak zu Gute, so die Veranstalter. Auch Oberbürgermeister Jürgen Roters hielt eine Rede, die im Publikum sehr gut ankam. Er betonte, dass die Frage der syrischen und êzidischen Flüchtlinge auch eine Frage der Kölner/-innen ist. Deshalb sei jede Hilfe nötig, damit die Flüchtlinge den harten Winter überstehen. Symbolisch hatte der Oberbürgermeister mit einer von ihm überreichten Spende über 10.000 Euro auch seinen Mantel geteilt, als ein Zeichen der echten Solidarität.

Die Kampagne „Kölner helfen“ geht weiter. Macht bitte mit:

www.koelner.helfen.de

Hamide Akbayir



koelner-helfen.de
Sofort Spenden
SMS an 81190 Stichwort koelnerhelfen

Spendenkonto: Kinderhilfe Mesopotamien e.V.
Stichwort: koelnerhelfen

Kölner Bank, Konto-Nr.: 544516019
BLZ: 37160087

IBAN: DE60371600870544516019 BIC: GENODE1CGN

Aus den Bezirken

■ LINDENTHAL

Verwaltung verschandelt eigene Stadt

Die Kölner Stadtverwaltung setzt gegenwärtig den neu geschlossenen Werbevertrag, der der Stadt rund sechs Millionen Euro jährlich einbringen soll, in die Praxis um. An allen möglichen und vielen unmöglichen Standorten werden beleuchtete Werbesäulen installiert. Selbstverständlich hat sie jeden Standort mit Fachleuten sorgfältig und intensiv geprüft. Die ersten Ergebnisse dieser sorgfältigen Prüfung können nun besichtigt werden und lösen vielfältigen Ärger aus. Da man erst am Anfang der Installationswelle steht, wird sicher noch viel Freude entstehen.

Der Ärger über neue Verkehrshindernisse, gestörte Blickbeziehungen, mit Werbeträgern aller Art eh' schon überlastete Verkehrsinseln usw. landet ja erstmal nicht bei der Verwaltung, sondern bei den Bezirksvertretern. Nur wissen die nichts davon. Die Verwaltung müsse uns nicht informieren, dass sie früher mit uns Standortfragen diskutiert hat, sei ein Entgegenkommen gewesen, auf das man jetzt verzichtet hat. Danke.

Das nenne ich ein formidables Eigentor. Wer den Sachverstand in den Bezirksvertretungen nicht nutzt und dann hinterher seine Entscheidungen korrigieren muss, verursacht völlig unnötige Kosten in erheblichem Ausmaß. Wer zahlt das eigentlich?

Der Protest in der Bevölkerung nimmt zu. Wer je daran gezweifelt hat, ob wir eine neue Zuständigkeitsordnung für die Bezirksvertretungen brauchen, wird hier eines besseren belehrt.

Lothar Müller

■ CHORWEILER

Offenes Bürgerzentrum

Aufgrund einer Anfrage der LINKEN stand die künftige Gestaltung des Bürgerzentrums Chorweiler am 22. Januar auf der Tagesordnung der Bezirksvertretung. Die hatte selbst zum ersten Mal für ihre Sitzung in das Foyer des Handwerkerhofes ausweichen müssen. Das in den siebziger Jahren gebaute Bezirksrathaus einschließlich des Bürgerzentrums ist derzeit weitgehend wegen einer Generalsanierung geschlossen.

Wie im ganzen Stadtteil geht es auch beim Bürgerzentrum darum, nicht nur die Schäden zu beheben, die der Zahn der Zeit angerichtet hat. Vielmehr muss der Plan der sechziger und siebziger Jahre durch ein modernes Konzept ersetzt werden. Schon vor der Schließung hatte der Pächter des

Brauhauses Bier und Brezel aufgegeben. Er kam nicht mehr auf seine Kosten. Gastronomie gibt es in Chorweiler nur noch in Einkaufcenter, und das schließt um 20 Uhr und hat sonntags selbstverständlich ganz zu. Abends und am Sonntag ist in Chorweiler sozusagen kein Platz mehr für gemeinsame Aktivitäten.

Zwar sind die regelmäßigen Großveranstaltungen mit Künstlern im Bürgerzentrum bisher gut besucht gewesen, aber es fehlt das Angebot für jeden Tag. Dafür braucht es Räume der unterschiedlichsten Größenordnung, die allen Initiativen, Vereinen, Gemeinden, Parteien oder auch Familien offen stehen. Dazu gehört auch eine in dieses Konzept eingebundene Gastronomie, damit nicht nur gearbeitet, sondern auch gefeiert werden kann. Dafür soll bei gutem Wetter auch der Pariser Platz genutzt werden, der dann auch ein neues Leben erhält.

Die Bezirksvertretung hat beschlossen und Verwaltung und Stadtrat mitgeteilt, dass sie sich nicht damit begnügt, ein Konzept vorgelegt zu bekommen. Die Bezirksvertretung ist vor Ort und weiß, was der Bezirk braucht. Sie will entscheiden, wie die Zukunft von Bürgerzentrum und Pariser Platz aussieht.

Klaus Roth

■ RODENKIRCHEN

Godorfer Hafen: Baustopp bestätigt

Mit einem Urteil ging am 19. Februar ein sechsjähriger Rechtsstreit in der Frage des Hafenausbaus in Godorf zu Ende. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung des Kölner Verwaltungsgerichtes und die des Oberverwaltungsgerichtes Münster. Die Planfeststellung für den Ausbau des Godorfer Hafens ist damit aufgehoben und der Baustopp bleibt vorerst bestehen.

Zwar sprechen die Hafengegner von einer schweren Niederlage für die „Häfen und Güterverkehr Köln AG“, HGK, aber ausgestanden ist das umstrittene Projekt damit noch nicht. In einer Pressemitteilung der Stadt Köln wird das Urteil dann auch entsprechend interpretiert. So äußert sich der Beigeordnete der Stadt Köln für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr, Franz-Josef Höing: „Es ist gut, dass nun zum Verfahren Klarheit besteht. Wir werden mit der HGK und unter Einbindung der politischen Gremien nun die nächsten Schritte überlegen. Klar ist aber: Der Wirtschaftsstandort Köln braucht, auch vor dem Hintergrund der weiter wachsenden Verkehre, eine entsprechende Infrastruktur.“ Ute Berg, Beigeordnete

für Wirtschaft und Liegenschaften, bläst ins selbe Horn: „Eine weitere Belastung des Kölner Straßennetzes - insbesondere in Nord-Süd-Richtung - muss vor allem auch im Interesse der Wirtschaft und der Wohnbevölkerung dringend vermieden werden. Daher ist das Potenzial, das die Wasserstraße Rhein bietet, umfassend zu nutzen. Nach genauer Prüfung der schriftlichen Urteilsbegründung muss überlegt werden, wie das Ziel, den Godorfer Hafen verstärkt in die Abwicklung der Verkehre einzubinden, erreicht werden kann.“

Die Arbeit der Ausbauegner ist also noch nicht zu Ende, denn der Beschluss, und damit der Auftrag zum Hafenausbau, hat weiterhin Bestand. Es bedarf eines Bebauungsplanes und eines neuen Planfeststellungsverfahrens. Sicherlich ein nicht unerheblicher Zeitgewinn, den die politischen Kräfte, die sich in der Bezirksvertretung Rodenkirchen und im Rat der Stadt Köln gegen den Ausbau ausgesprochen haben, nutzen sollten, um zusammen mit den Hafengegnern darauf hinzuwirken, dass die weiteren Planungen zum Ausbau des Godorfer Hafens gestoppt werden. Das heißt, die Arbeit fängt gerade erst an.

Bert Bronisz

■ CHORWEILER, MÜLHEIM

Kostenfreies WLAN

Die gestern angekündigte Erweiterung der Hotspots für ein kostenfreies Surfen im Internet geht auf das Verwaltungskonzept „Internetstadt Köln“ von 2012 zurück. Zusätzlich zu Plätzen in der Innenstadt und an den Ringen sollen auch der Liverpooleer Platz in Chorweiler und der Wiener Platz in Mülheim, sowie der Jugendpark in Mülheim mit einem kostenfreien Internetzugang ausgestattet werden.

Damit wird unsere Forderung . Es ist richtig, nicht nur die touristisch erschlossene Innenstadt mit kostenfreiem WLAN auszustatten, sondern auch die zentralen Plätze rechtsrheinisch. Hier leben überdurchschnittlich viele junge und damit internetaffine Menschen. Gleichzeitig haben die Menschen in diesen benachteiligten Stadtteilen durchschnittlich weniger Geld als in vielen anderen Stadtteilen. Kostenfreies WLAN ist hier ein notwendiger Beitrag für mehr Chancengleichheit.

Doch das kann nur ein Anfang sein. Die Stadt ist in der Pflicht kostenloses WLAN flächendeckend anzubieten. So ist es unverständlich, wieso in Kalk kein solcher Hotspot geplant ist. Kostenloses WLAN würde außerdem auch besonders benachteiligte Stadtteile wie Finkenberg oder Kölnberg attraktiver machen und sich positiv auf die Bevölkerungsstruktur dort auswirken.

Gisela Stahlhofen

Aus den Ausschüssen

■ SOZIALES UND SENIOREN

Sozialdezernentin Reker: Planlos im Sozialwohnungsbau

Der letzten Sitzung des Sozialausschusses lagen zwei Mitteilungen über die Entwicklung des geförderten Wohnungsbaus vor. Der Rat hat zu den zusätzlichen Landesfördermitteln ab 2012 für jedes Jahr weitere 1 Mio. Euro Fördermittel bereitgestellt. 2012 wurde diese Mittel nicht genutzt. Im Jahre 2013 wurden für „908.800 EUR Mietpreis- und Belegungsbindungen an 55 Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von 4.544 qm angekauft“.

Die Landesfördermittel für Köln von 75 Mio. Euro wurden dagegen genutzt, aber nur 609 Wohnungen gebaut. Die Verwaltung zog daraus folgende Schlussfolgerungen:

„Entgegen den Erwartungen und Prognosen, die dem Ratsbeschluss vom 15.05.2012 über das städtische Wohnungsbauförderungsprogramm mit einem jährlichen Volumen von insgesamt 35 Mio. Euro zugrunde gelegen haben, ist die Zahl der konkreten Anträge jedoch weiterhin deutlich hinter der städtischen Zielsetzung von 1.000 WE (Wohneinheiten) pro Jahr.“

Mit dieser Feststellung war klar, dass sich die Verwaltung in Form einer Mitteilung aus der Verantwortung stehlen wollte. DIE LINKE machte im Ausschuss deutlich, dass sie diese Information zur Kenntnis nimmt, aber natürlich nicht unwidersprochen akzeptieren könne. DIE LINKE hatte bereits im letzten Jahr eine Anfrage gestellt, wieviel Wohnungen jährlich aus der sozialgeförderten Bindung fallen (Ds 0839/2014).

Das Ergebnis zeigt die dramatische Lage: 2015 und 2016 verlieren 1763 und 1713 Wohnungen ihre Sozialbindung. 2017 werden „nur“ 719 Wohnungen umgewandelt, 2018 gehen bereits wieder 928 Wohnungen dem preiswerten Wohnungsbestand verloren.

Bis 2018 sind das 5.123 Wohnungen, im Durchschnitt 1280 Wohnungen pro Jahr. Das bedeutet, dass auch das ehrgeizige Ziel der Verwaltung, jährlich 1000 neue Sozialwohnungen zu fördern, das Abschmelzen der Gesamtzahl der geförderten Wohnungen nicht verhindert.

Damit die Verwaltung wenigstens ihr (wenn auch unzureichendes Versprechen) einhält, schlugen wir vor, dass sie zu einer der nächsten Sitzung konkrete Schritte benennt, wie der Ratsbeschluss von 1000 jährlich zu bauenden Wohnungen auch im Jahre 2015 eingehalten wird, nachdem er bereits 2014 schon nicht erfüllt wurde.

Die anderen Ausschussmitglieder schlossen sich dieser Meinung an, so dass diese Vereinbarung gilt. Jetzt wird es spannend, auf welchem Weg die Sozialdezernentin Reker ihr Versprechen einlösen will.

Jörg Detjen

■ GESUNDHEIT

Berufsfeuerwehr braucht freiwillige Feuerwehr

Am 29. Januar waren die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und der Fraktionen des Kölner Rates eingeladen, sich in der Feuerwehrleitstelle Scheibenstrasse über die vielseitigen und umfangreichen Aufgabengebiete der Kölner Feuerwehr zu informieren.

Nach der Begrüßung durch Herrn Feyrer, den Direktor der städtischen Feuerwehr wurden die Gäste mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation detailliert über die verschiedenen Bereiche informiert, zu denen nicht nur die klassische Brandbekämpfung (15 %), sondern vor allem die Rettungseinsätze (85%) gehören. Hierbei wurde auch die speziellen Einsätze, wie Höhenrettung, Tauscheinsätze, Tierrettung und Umweltschutzeinsätze eingegangen.

Der zweite interessante Vortrag wurde von Herrn Christen, dem Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr Köln gehalten. Dabei wurde auf die Wichtigkeit dieses Ehrenamtes hingewiesen, das für eine gut funktionierende Kölner Feuerwehr von entscheidender Bedeutung ist.

Bei 1750 Brandeinsätzen in 2014 wurden über 1000 Einsätze unter Beteiligung der Freiwilligen Feuerwehr durchgeführt, von denen es 26 Löschgruppen im gesamten Stadtgebiet gibt. An der Notwendigkeit einer gut aufgestellten ehrenamtlich tätigen Feuerwehr, die ihre Aktiven mit der erforderlichen Ausrüstung versorgen und den Nachwuchs motivieren muss, bestand nach diesem engagiert vorgetragenen Wortbeitrag kein Zweifel. Eine verstärkte Einbindung der Freiwilligen Feuerwehr in den Brandschutzbedarfsplan ist nur unterstützenswert. Sie sollte nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden.

Beate Hane-Knoll

■ GESUNDHEIT

Schließung der Notfallpraxen belastet Krankenhäuser

DIE LINKE hält die Pläne der Kassenärztlichen Vereinigung, in Köln sechs von zehn Notarztpraxen zu schließen, für gefährlich. Mit den Schließungsplänen wird die Kassenärztliche Vereinigung ihrer Aufgabe

nicht mehr gerecht, eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung in guter Qualität zu organisieren. Auf der einen Seite erklärt sie, die Notfallpraxen sind nicht ausgelastet – auf der anderen Seite müssen Krankenhäuser Patienten abweisen, weil ihre Notaufnahmen überlastet sind. Die Notfallpraxen müssen bekannter werden, Patienten müssen gezielt dorthin geleitet werden. Die ambulanten Ärzte dürfen ihre Verantwortung nicht auf die Krankenhäuser abwälzen!

Die Zahl der Menschen, die auch außerhalb der Sprechstunden einen Arzt oder Ärztin aufsucht, wächst. Dem muss das Gesundheitswesen Rechnung tragen und entsprechende Strukturen bereitstellen. Stundenlanges Warten in der Notaufnahme wird weder den kranken Hilfesuchenden noch dem behandelnden Personal gerecht.

Köln als Großstadt befindet sich dabei in einer besonderen Situation. Bereits jetzt werden hier zahlreiche Patienten aus dem Umland behandelt. Sollten die Notfallpraxen in Overath und Rösrath geschlossen werden, wird sich dieser Trend noch verstärken. Ein Zentrum wie Köln wird immer Patienten anziehen, weil hier gebündelte Fachkompetenz vorhanden ist. Auch deswegen macht es keinen Sinn, die Notfallversorgung in Köln auszutrocknen.

Uschi Röhrig, Michael Weisenstein

■ KUNST UND KULTUR

Hänneschen-Theater behindertengerechter

Auf Initiative der LINKEN wurde ein gemeinsamer Änderungsantrag mit SPD und Grünen verabschiedet, der eine Angleichung der Ermäßigung für behinderte Menschen an die Regelung der Bühnen Köln vorsieht. Das deutsche Behindertenrecht ist auf den Grundsatz des Nachteilsausgleichs aufgebaut. So gut es geht sollen behinderte Menschen Vergünstigungen und Förderung erhalten, bis sie idealtypischerweise genauso gestellt sind wie sie es auch ohne Behinderung wären.

Deswegen ist es für DIE LINKE so wichtig, dass Begleitpersonen freien Eintritt bekommen, wie es schon bei den Bühnen der Fall ist. Wir können die Puppenspiele besuchen, ohne das Einverständnis einer zweiten Person einzuholen, behinderte Menschen oft nicht. In einer behindertengerechten Welt gäbe es einen Pool von Begleitern, die derjenige, der auf sie angewiesen ist, jederzeit ohne Zusatzkosten anfordern kann. Davon sind wir weit entfernt. Deshalb ist es ein längst überfälliger Schritt, dass weder der behinderte Puppenspieler / die behinderte Puppenspielerin für die Kosten aufkommt, noch eine befreundete Begleitperson selbst

die Kosten trägt, was den Behinderten zum Bittsteller degradiert. Behinderte sollten aber keine Bittsteller sein, sondern selbstverständlich und selbstbewusst Angebote zu denselben Konditionen wahrnehmen können wie wir Nichtbehinderte.

DIE LINKE kämpft außerdem dafür, auch Behinderungen von unter 100 % anzuerkennen. Es gibt z. B. geistige Behinderung, bei denen ein niedrigerer Grad der Behinderung attestiert wird. Trotzdem kann bei dieser Personengruppe nicht die Rede davon sein, mit denselben Chancen und Möglichkeiten wie wir für ihr Einkommen sorgen zu können. Dass sie keine Ermäßigung auf Ihre Eintrittskarte erhalten, ist eine Verweigerung des Nachteilsausgleichs. Hier ist DIE LINKE der Meinung, dass wir da zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal nachbessern müssen.

Gisela Stahlhofen

■ KUNST UND KULTUR

Echte Verbesserungen für die freie Kulturszene

„Mehr Kultur – weniger Bürokratie“: So beschreibt der Newsletter der SPD-Ratsfraktion den Effekt, den der Antrag der LINKEN für die Freie Szene in Köln haben wird. Denn der Antrag, auf den SPD und Grüne mit einem Ergänzungsantrag aufgesprungen sind, sieht vor, die komplizierten Finanzierungsinstrumente, die bislang in der Kulturförderung eingesetzt werden, grundsätzlich zu reformieren. So sollen sich nach

dem Willen des Kulturausschusses die Gruppen und Projekte, die eine Förderung erhalten, nicht länger mit dem bürokratischen Wahnsinn der so genannten Fehlbezugsförderung oder der Anteilsförderung herumschlagen, sondern in Zukunft mit Festbeträgen unterstützt werden. Das macht bei den Akteuren der Freien Szene erhebliche Ressourcen für ihre eigentliche Kulturarbeit frei. Und nicht nur das: Auch auf Seiten der Verwaltung ist mit einer deutlichen Reduzierung des bürokratischen Aufwands zu rechnen. Entsprechend positiv war die Resonanz von Kulturamtsleiterin Barbara Foerster auf die Initiative der LINKEN: Sie versprach, noch vor der Sommerpause einen entsprechenden Beschlussvorlage der Verwaltung in den Kulturausschuss einzubringen.

Sebastian Tautkus

■ FINANZEN

Haushalt 2015 – der nächste Kürzungshaushalt droht!

Im Dezember 2014 hat die Kämmerin die ersten Planungen zum Haushalt 2015 vorgelegt. Die Einnahmen lägen demnach bei 3,7 Mrd. Euro, die Ausgaben bei 4,0 Mrd. Euro. Nach Abzug des Finanzergebnisses ergäbe sich ein Defizit von 280 Mio. Euro. Diese Zahlen sind sehr unter Vorbehalt zu betrachten, denn sie enthalten gewaltige Kürzungen, ohne dass bislang bekannt ist, in welchen Bereichen sie stattfinden sol-

len: 166 Mio. Euro an Ausgaben will die Kämmerin streichen. Bislang stehen sie noch als Pauschalen in den jeweiligen Teilhaushalten der Dezernate. Wo sie zum Tragen kommen, wo gekürzt wird, das werden wir erst mit dem detaillierteren, sogenannten Produkthaushalt, erfahren, der zunächst für Anfang Februar und nun für Mitte bis Ende März angekündigt wurde. Klar ist, dass das Kölner Defizit nicht „hausgemacht“ ist. Es entsteht nicht durch extravagante Projekte. Die Kämmerei hat bei den einzelnen Dezernaten angefragt, wie hoch ihr Finanzbedarf ist, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Diese Zahlen wurden im Haushaltsentwurf zusammengetragen. Das Problem liegt in der Unterfinanzierung der öffentlichen Kassen, die durch die Politik des Bundes und der Länder entstanden sind. Wenn man Unternehmen die Steuern senkt und die Vermögenssteuer abschafft, und wenn man gleichzeitig das Aufnehmen von Schulden verbietet (die „schwarze Null“), dann wird eben bei den Armen gekürzt. Falls die letzten Jahre das Beispiel abgeben, dann stehen auch in 2015 wieder Soziales, Senioren, Bildung, Jugend und Sport vor Einschnitten.

Allerdings haben die letzten Jahre auch gezeigt: Lauter, starker und solidarischer Widerstand hat Erfolg! In diesem Jahr wird nur wenig Zeit sein, für diese Proteste zu mobilisieren. Bereits am 12.05. könnte der neue Haushalt verabschiedet werden.

Wilfried Kossen

Kölner Stadtbibliothek – Sanierung einer zentralen Kultureinrichtung

Ende 2014 erschreckten die neuen Zahlen vor der geplanten Sanierung der Zentrale der Kölner Stadtbibliothek die Kölner Politik. Statt der ursprünglich erwarteten 21 Mio. Euro sollte die Sanierung nach den neuen Planungen 38,2 Mio. kosten, fast eine Verdoppelung! Einen Beschluss auf Basis der dazu vorgelegten Verwaltungsvorlage wollte im Dezember weder der Kulturausschuss noch der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft fassen. Stattdessen gab die Politik – auch DIE LINKE – der Verwaltung eine Vielzahl von Fragen auf den Weg: Zur Möglichkeit, die Sanierung abzuspecken, zur Möglichkeit eines Neubaus statt einer Sanierung, zu alternativen Standorten usw.

Anfang Februar war die Linksfraktion zu einer Ortbegehung in der Stadtbibliothek. Bei diesem Termin mit der Leiterin der städtischen Gebäudewirtschaft und der Projektleiterin der Bibliothek bereits einige dieser Fragen beantwortet werden.

Die Kosten für einen Neubau als Alternative zur Sanierung werden (inklusive

dann verlorener Planungs- und Investitionskosten) auf 57,8 Mio. Euro geschätzt. Ausreichend große, alternative Standorte im Innenstadtbereich, zumal mit einer ähnlich guten ÖPNV-Anbindung wie mit der jetzigen Nachbarschaft zum Neumarkt, fand die Verwaltung nicht. Die vielfach kritisierten geringen Einsparungen durch die aufwändige energetische Sanierung

konnten in den überarbeiteten Planungen gesteigert werden, um 49 % statt der bislang angenommenen 36 %. Eine Umnutzung des Parkhauses an der Cäcilienstraße kommt selbst für eine Interimslösung nicht in Frage. Während Parkhäuser in der Regel auf ein Gewicht von 350 kg pro qm ausgelegt sind, benötigt eine Bibliothek eine Statik, die 500 kg pro qm erlaubt.

Zur Entscheidung über die Sanierung müssen die detaillierten Antworten zu al-



len aufgeworfenen Fragen abgewartet werden. Klar ist, dass für die Stadtbibliothek als meistbesuchte Kultur- und Bildungseinrichtung der Stadt eine Lösung gefunden werden muss, die für die Besucher und Mitarbeiter angemessen ist. Klar ist auch, dass der jetzige, zentrale Standort mit seiner Verkehrsanbindung für die Stadtbibliothek kaum ersetzbar wäre.

Wilfried Kossen

Soziale Mindeststandards müssen sein!

Geflüchtete werden in Köln erneut Turnhallen untergebracht, erklärte die Stadt in diesen Tagen. Die Ankündigung der Sozialdezernentin und Chefin der Task Force, Henriette Reker, überhaupt keine sozialen Standards mehr bei der Unterbringung ein zu halten, ist nicht akzeptabel.

Gerade weil sie in der zentralen Frage der Unterkünfte permanent verletzt werden, sind die übrigen Standards, die sich das Land NRW gegeben hat, unbedingt einzuhalten. Das betrifft z. B. das Beschwerdemanagement - hier sind 0,5 Personalstellen pro 500 Flüchtlinge vorgesehen - oder aber auch die vorrangige Berücksichtigung des Wohls der Kinder. Dazu braucht die Stadt Köln transparente Kriterien, die auch überwacht werden. Erst sie stel-

len sicher, dass alle Kinder nach der UN-Kinderrechtskonvention behandelt werden.

Auch in der zentralen Frage der Unterbringung will sich DIE LINKE nicht mit den menschenunwürdigen Zuständen in Köln abfinden. Wir unterstützen den Vorschlag des Flüchtlingsrates, in Köln eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes zu schaffen. Die Kosten dafür würde das Land tragen. Uns geht es vor allem darum, dass mit einer NRW-Erstaufnahmeeinrichtung endlich eine Diskussion um soziale Mindeststandards beginnen würde. Mit den Kölner Leitlinien zur dezentralen Unterbringung, die Frau Reker nicht umsetzen will, kommen wir nicht weiter.

Jörg Detjen

Brückensanierung: NRW-Finanzminister Walter-Borjans rechnet anders als Roters

Für Ende Januar hatte der DGB NRW zu einer prominent besetzten Veranstaltung über die Finanzierung von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur geladen.

Auf dem Podium saßen neben dem NRW-Finanzminister Walter-Borjans Prof. Gustav Horn vom gewerkschaftsnahen Wirtschaftsforschungsinstitut IMK, der stellvertretende Kölner IHK-Geschäftsführer Ulrich Soenius und Witich Rossmann, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Köln. Wie aktuell sich diese Frage den rund 70 Teilnehmer*innen wenige Tage nach dem Vorstoß von OB Jürgen Roters, mit Renditegarantien um die 7 Prozent private Investoren an der Sanierung der kommunalen Brücken in Köln zu beteiligen, stellen würde, war zum Zeitpunkt der Einladung nicht absehbar. Gestellt wurde die Frage nach der Haltung zu Roters Sonderangebot an die Versicherungswirtschaft nicht ausdrücklich, dafür aber indirekt auch von NRW-Finanzminister Walter-Borjans überraschend eindeutig beantwortet:

Für den Veranstaltungsort Köln hatte sich der DGB nicht zufällig entschieden, denn mit der maroden Brücke der A1 zwischen Köln und Leverkusen und den LKW-Sperrungen auf den innerstädtischen Brücken ist unsere Stadt bundesweit zu einer Art Symbol für verrottende Infrastruktur im Land der ‚schwarzen Null‘ geworden. Dass eine einseitig auf den Abbau der öffentlichen Verschuldung ausgerichtete Austeritätspolitik der ‚Schuldenbremse‘ die Hauptursache dafür ist, dass die öffentlichen Haushalte und besonders die Kommunen nicht einmal die notwendigsten Unterhaltungsinvestitionen stemmen können, stellte Prof Horn überzeugend dar: Er

befürwortete einen Fonds mit Bundesmitteln für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, da angesichts niedriger Zinsen dem Bund eine Finanzierung zu fast null Prozent Zinsen möglich ist. Demgegenüber steht auch ein volkswirtschaftlicher Nutzen, denn: „Für jeden Euro, den man in die öffentliche Infrastruktur investiert, bekommt man mindestens 1,20 Euro zurück.“ Sollte die Schuldenbremse eingehalten werden, seien Steuererhöhungen nötig, um öffentliche Investitionen wieder möglich zu machen.

Überraschend weitgehend machte der - per Grundgesetz an die Umsetzung der Schuldenbremse gebundene - NRW-Finanzminister Walter-Borjans deutlich, dass er grundsätzlich die Analyse von Prof. Horn teilt - und beschrieb nachdrücklich, wie ihn die bundesrechtlichen Beschränkungen der Schuldenbremse und der Druck einer auf die ‚schwarze Null‘ fixierten Wirtschaftspresse daran hindern, dieser Einsicht in der praktischen Politik auch zu folgen. „Dass zur schwäbischen Hausfrau auch ein Mann gehört, der für den Daimler und das ‚Häusle‘ einen Kredit aufnimmt, das sagen diese Leute nicht“, brachte er seinem Unmut bildlich auf den Punkt.

Als möglichen Ausweg aus dem austeritätsbedingten Investitionsstau deutete er die Möglichkeit an, kreditfinanziertes Sondervermögen der öffentlichen Hand außerhalb der unmittelbaren Geltungsbereiche der Schuldenbremse zu schaffen. Und anders als DIE LINKE, die den Ausverkauf öffentlichen Eigentums konsequent ablehnt, wollte Borjans trotz erkennbarer Sympathien für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, private Beteiligungen daran nicht grundsätzlich ausschließen.

Dennoch müssen OB Roters die Ohren

geklungen haben, als sein Parteifreund als klare Voraussetzung für solche privaten Beteiligungen formulierte: „Wenn ich einen öffentlichen Kredit für zwei Prozent bekommen kann, und ein Investor 7 Prozent Rendite will, dann denke ich über eine private Beteiligung nur dann nach, wenn ein Investor Know-How mitbringt, so dass die Investition insgesamt günstiger dargestellt werden kann. Sonst zahlt der Steuerzahler für die privaten Profite schlicht drauf.“

So offensichtlich diese Rechnung auch für Roters' Vorschlag privater Beteiligung an den Kosten der Sanierung Kölner Brücken gilt, so unausgesprochen blieb diese schlichte Wahrheit.

Sympathie für den Vorschlag von Roters ließ wenig überraschend nur der IHK-Vertreter Soenius durchblicken, da sich anders seine Forderung nach auch für die Wirtschaft dringend notwendigen Investitionen ohne höhere Steuern für Unternehmen und Vermögende nicht aufrecht erhalten lässt.

Dass noch vor gut einem Jahr in der Kölner Verbandszeitschrift ‚IHK plus‘ ein Kölner Unternehmer mit dem Vorschlag einer zumindest befristeten Gewerbesteuererhöhung zur Brückensanierung zitiert wurde, übergang er dabei stillschweigend. Dass für den Sanierungsstau die Kölner Unternehmen jetzt mit Mehrkosten für längere Fahrzeiten und Umwege ebenso draufzahlen wie die Umwelt durch den zunehmenden LKW-Verkehr und die Beschäftigten durch längere Wegezeiten, darin waren sich die Beteiligten zwar einig; über die Finanzierungswege steht der Stadtgesellschaft allerdings noch eine harte Auseinandersetzung bevor.

Wolfgang Lindweiler

Flüchtlinge im Bezirk Chorweiler



Anfang Januar wurde die erste Flüchtlingsunterkunft im Stadtbezirk Chorweiler bezogen. Das ging nicht ohne Probleme. Als am Abend des Neujahrstages am Springborn in Köln-Mülheim ein Container ausbrannte, mussten 26 Bewohner dieser Unterkunft in Blumenberg untergebracht werden. An der Langenbergstraße standen zwar schon die Container, aber sie waren noch nicht bezugsfertig. So haben denn ab dem 2. Januar die noch beschäftigten Handwerker gemeinsam mit den neuen Bewohnern, mit Nachbarn aus dem Stadtteil und mit dem SKM

als Träger des Heims, die Container bezugsfertig gemacht, während die ersten Bewohner schon da waren. Heute leben in der Siedlung knapp 100 Menschen, über die Hälfte Kinder.

Seit dem 9.2. sind in der Turnhalle der Gustav-Heinemann-Realschule in Seeberg ebenfalls über 80 Flüchtlinge untergebracht. Im März wird in Worringen eine Containersiedlung wie die in Blumenberg bezogen. Anfang nächsten Jahres eine in Esch / Auweiler, die zwar ebenfalls aus Containern besteht, aber den Bewohnern abgeschlossene Wohnungen mit Bad und Küche bietet. Dort sollen bis zu 150 Menschen leben.

Die schlechteste Lösung ist die Unterbringung in der Turnhalle. Hier wurden zwar mit Rigips Zwischenwände gezogen, aber von einer Wahrung der Privatsphäre kann keine Rede sein. In Blumenberg und Worringen gibt es Wohncontainer, die jeweils zwei Etagenbetten, vier schmale Spinde und einen Tisch mit zwei Stühlen enthalten. Die Familien leben dort mehr als beengt. Die Container sind für zwei Jahre gemietet. Die Siedlung in Esch / Auweiler soll für fünf Jahre genehmigt werden.

In allen Stadtteilen wurden Bedenken gegen die Ansiedlung der Flüchtlinge laut. Chorweiler ist ein benachteiligter Stadtbezirk. Gibt es in Köln für 39,7% der unter

Dreijährigen und für 98,4% der 3 - 6jährigen einen Platz in einer Kita oder der Tagespflege, so liegen die Zahlen in Worringen dagegen nur bei 25 und 85 Prozent. In anderen Stadtteilen im Norden noch niedriger. Trotz der neuen Gesamtschule im Bezirk Nippes muss die Gesamtschule in Chorweiler immer noch über ein Viertel der Bewerber*innen abweisen, weil kein Platz ist.

In Blumenberg und Esch / Auweiler musste das Sozialdezernat mit seinen Veranstaltungen in andere Stadtteile ausweichen. Es fehlt dort sogar an Räumen, in denen man sich begegnen kann.

Inzwischen gibt es an allen Standorten Initiativen zur Unterstützung der Flüchtlinge. Die Kritik an der Art ihrer Unterbringung verstellt nicht den Blick dafür, dass schnell gehandelt werden muss. Im Norden kann der Wohnraum entstehen, den Köln unbedingt braucht. Nur diesmal muss die notwendige Infrastruktur für gemeinsames Leben mit geschaffen werden. Das hilft auch den „Alteingesessenen“. Auch damit muss sofort begonnen werden. Doch bis das steht, müssen wir andere Möglichkeiten nutzen. Mitglieder der Flüchtlingshilfe Blumenberg haben eine Liste von freien Wohnungen im Stadtteil zusammengetragen und dem Leiter des Wohnungsamtes übergeben.

Klaus Roth

Kölner Amtsrichter legitimiert Hitlergruß entgegen eindeutiger Rechtsprechung

Bei dem ersten Hogesa-Prozess wurde Anfang Februar ein absurdes und gefährliches Fehlurteil gefällt. DIE LINKE ist empört. Mehrere Kölner Medien berichten, dass sowohl der zuständige Richter, wie auch die Gerichtssprecherin des Amtsgerichtes Köln das Zeigen des Hitlergrußes durch die Beschuldigte nicht für strafwürdig halten, weil sie sich diesen nicht „inhaltlich zu eigen gemacht“ habe.

Das ist ein schlimmes Fehlurteil des Kölner Amtsgerichtes, denn das Strafgesetzbuch, aber auch Urteile des Bundesgerichtshofes gehen von strafbaren Tatbeständen aus. Der Hitlergruß wurde auf einer politischen Demonstration gezeigt, die zu menschenverachtenden Gewalt-Exzessen führte. Der Hinweis des Gerichtes, die Angeklagte habe nur die Polizisten beleidigen wollen, ist noch absurder. Die zahlreichen Hogesa-Demonstranten haben die Polizeibeamten offen eingeschüchtert und bedroht. Das Zeigen des Hitler-Grußes war ein rechtsextremes Bekenntnis verbunden mit

einer Bedrohung. Ein Urteil des Bundesgerichtshofes vom 15. März 2007 bewertet solche Gesten ganz anders als das Kölner Amtsgericht.

Darin wird Bezug auf den § 86a Strafgesetzbuch genommen. Dort heißt es u.a.: „Der Schutzzweck dieses Straftatbestandes ist die Abwehr einer Wiederbelebung der verbotenen Organisation oder der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Bestrebungen, auf die das Kennzeichen symbolhaft hinweist. Die Vorschrift dient aber auch der Wahrung des politischen Friedens dadurch, dass jeglicher Anschein einer solchen Wiederbelebung sowie der Eindruck bei in- und ausländischen Beobachtern des politischen Geschehens in der Bundesrepublik Deutschland vermieden werden soll, in ihr gebe es eine rechtsstaatswidrige innenpolitische Entwicklung, die dadurch gekennzeichnet ist, dass verfassungsfeindliche Bestrebungen der durch das Kennzeichen angezeigten Richtung geduldet würden. Auch ein solcher Eindruck und die sich daran

knüpfenden Reaktionen können den politischen Frieden empfindlich stören. § 86 a StGB will darüber hinaus verhindern, dass die Verwendung von Kennzeichen verbotener verfassungsfeindlicher Organisationen - ungeachtet der damit verbundenen Absichten - sich wieder derart einbürgert, dass das Ziel, solche Kennzeichen aus dem Bild des politischen Lebens in der Bundesrepublik grundsätzlich zu verbannen, nicht erreicht wird, mit der Folge, dass sie schließlich auch wieder von den Verfechtern der politischen Ziele, für die das Kennzeichen steht, gefahrlos gebraucht werden können.

Wir hoffen, dass die Staatsanwaltschaft gegen diese Fehlentscheidung aus grundsätzlichen Erwägungen Rechtsmittel einlegt. Es geht dabei nicht unbedingt darum, ein höheres Strafmaß zu erreichen. Es wäre verheerend, wenn auf dem Umwege des „zu eigen machen“ neue Schlupflöcher zur Verwendung verfassungswidriger Zeichen geschaffen werden.

Jörg Detjen

Abpuff für KÖGIDA

Köln hat seinen Ruf als Stadt, in der es Rassist(inn)en schwer haben, durch die Straßen zu marschieren, wieder einmal unter Beweis gestellt!

Zuerst gelang es am 12. Januar, einen rechten Aufmarsch durch tausendfachen friedlichen Protest und eine Massenblockade der Deutzer Brücke zu verhindern. Wenige hundert KÖGIDA-Anhänger(inn)en konnten zwar vor dem Deutzer Bahnhof eine Kundgebung abhalten, aber das war es dann auch schon. Eine Demonstration in die Innenstadt musste abgeblasen werden. Die Demonstrationen, von der Anmelderin, einer bekannten Rechtsaußen-Aktivistin, großspurig bis in das Frühjahr hinein angekündigt, und an denen sich vor allem Neonazis und Hooligans beteiligten, wurden nach drei Anläufen sang- und klanglos abgeblasen. An den Gegenaktionen beteiligten sich an jedem Montagabend einige Tausend Menschen – junge und alte, Gewerkschafter(innen), Schüler(innen), Student(inn)en und Teile der sogenannten Stadtgesellschaft. Köln ist für rechte Aufmärsche kein allzu gutes Pflaster – und das soll auch so bleiben.

Zu diesem großen Erfolg, der viele Mütter und Väter aus fast allen politischen Lagern hat, ist den Beteiligten zu gratulieren. Das Problem einer sich als Religions- oder Kulturkritik tarnenden rassistischen Bewegung, deren Protagonist(inn)en „Nein zur Islamisierung“ sagen und „Ausländer raus!“ meinen ist mit diesem Erfolg zwar ebenso wenig gelöst, wie rassistische und fremdenfeindliche Vorstöße aller möglicher seriöser Politiker(innen), die meinen, auf diese Weise erfolgreich nach Stimmen am rechten Rand fischen zu können und die Wahlerfolge der AfD. Aber die Rechten mussten lernen, dass ihre Bäume zumindest in Köln nicht in den Himmel wachsen. Darauf dürfen alle, die die Proteste in kürzester Zeit organisierten, genauso stolz sein wie die vielen Menschen, die mit ihrer Teilnahme an den unterschiedlichen, aber gegen den gleichen Gegner gerichteten Aktionen, den Erfolg erst möglich machten. Bedingung für diesen Erfolg war, dass die verschiedenen Aktionsformen, von der Kundgebung und dem lautstarken Protest auf der Domtreppe bis zu (Versuchen von) Blockaden von allen

Beteiligten toleriert und als nützlich anerkannt wurden. Die Bewegung ließ sich nicht in gute und schlechte, bürgerliche und linke, gewaltlose und militante Antifaschist(inn)en aufspalten. Das war (auch) die Frucht der jahrelangen Arbeit der beiden antifaschistischen Bündnisse.

Die endgültige Absage weiterer KÖGIDA-Demonstrationen durch die Anmelderin ist ein Triumph der Menschen, die immer wieder gegen die Provokationen der Rassist(inn)en aktiv geworden sind. Wir sollten allerdings im Auge behalten, dass mit der AfD eine Partei existiert und mit drei Mandaten im Kölner Rat vertreten ist, die Positionen vertritt, die sich von denen des Dresdener PEGIDA „Originals“ kaum unterscheiden. Antifaschist(inn)en sollten die Tätigkeit der AfD-Fraktion aufmerksam im Auge behalten. Zwar handelt es sich bei der AfD um keine faschistische Partei, sie verkörpert allerdings den Rassismus der radikalisierten bürgerlichen Mitte - und auch mit dem ist im Zweifelsfall (siehe Dresden) nicht zu spaßen.

Peter Trinogga

ist Vorsitzender der Kölner VVN-BdA

Die extrem Rechte formiert sich neu: Was tun – gegen AfD, HoGeSa, Pegida?

Unter diesem Titel nahmen 80 Menschen am 7.2. an einer Veranstaltung in der Kölner Alten Feuerwache teil, zu der VVN-BdA, die Linksfraktion im Kölner Rat u.a. eingeladen hatten. Eine Woche später, am 15.2. zog die AfD bei der Hamburger Bürgerschaftswahl mit 6 % in das erste westdeutsche Landesparlament ein, nach Wahlerfolgen im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Wie sind diese Mobilisierungserfolge einer rechten Partei - einzigartig seit dem Einzug der NPD in sieben Länderparlamente der BRD am Ende der 1960er Jahre - zu erklären? Sind die damalige NPD und die heutige AfD überhaupt vergleichbar?

Nils Merten, Politikwissenschaftler bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, verwies in seinem Vortrag auf HoGeSa und Pegida als die größten rechten Protestbewegungen seit Gründung der Bundesrepublik. Während die Hooligan-Mobilisierung wegen der pöbelhaften und unorganisierten Verhaltensformen bald an Zulauf verloren habe, sei Pegida in Dresden erfolgreicher gewesen. Der Bewegung sei es gelungen, die „rohe Bürgerlichkeit“ von den Stammtischen auf die Straße zu bringen, wie sie ab 2002 vom Forschungsprojekt „Deutsche Zustände“ untersucht worden sei und sich aktuell in der

Studie „Fragile Mitte - Feindselige Zustände“ der Friedrich-Ebert-Stiftung wiederfände.

Drei ideologische Elemente stünden im Zentrum von Pegida: Ein antimuslimischer Rassismus, der der Verteidigung etablierter Vorrechte von Mittel- und Oberschichten diene, aber auch sozial Ausgeschlossene anziehen könne, zweitens die sich seit längerem entwickelnde Krise der politischen Repräsentation, die sich z.B. in sinkender Wahlbeteiligung und nachlassender Integrationsfähigkeit traditioneller Parteien zeige. Drittens instrumentaliere Pegida mit der bekannten pauschalen Anprangerung der „Lügenpresse“ eine von demokratischer Seite zu Recht vorgebrachte Medienkritik.

HoGeSa und Pegida hätten mittlerweile ihren Zenit überschritten. Die gesellschaftliche Grundlage beider sei jedoch weiter vorhanden. Es sei anzunehmen, dass es in absehbarer Zeit erneut zu erfolgreichen rassistischen und nationalistischen Mobilisierungen komme. HoGeSa ziele dabei auf ein Subproletariat, während Pegida ein neuartiges rechtes Mitte-Unten-Bündnis repräsentiere.

Im zweiten Vortrag führte Alexander Häusler von der FH Düsseldorf aus, dass die AfD eine aktuelle Antwort auf eine deut-

sche „rechtspopulistische Lücke“ sei. Wie andere neue rechte Parteien in Europa verbinde sie neoliberale, marktradikale Positionen mit nationalkonservativen und rechtspopulistischen Elementen. Mit Parolen wie „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ schüre die Partei gezielt Ressentiments. Einseitige und falsche Pauschalisierungen bezüglich einer sogenannten Armutszuwanderung verwiesen auf Wohlstandschauvinismus und einen kulturalistischen Rassismus gegenüber „Südländern“. AfD-Sprecher Lucke bekunde öffentlich seine Ablehnung eines „Vielvölkerstaates“ und stelle sich damit gegen die multikulturelle Verfasstheit europäischer Gesellschaften. Jedoch thematisiere die AfD aktuelle Konflikte, auf die linke Parteien konkrete Antworten finden müssten: Konflikte um Einwanderung, Flucht nach Europa, die Verteilung von Reichtum und Ressourcen.

Heiner Kockerbeck

Zum Weiterlesen:

A. Häusler, R. Roeser: Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der AfD, VSA-Verlag Hamburg, 2015

A. Zick, A. Klein: Fragile Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn 2014, www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf

Das Ticket zur Kultur: Die Kulturliste Köln bietet allen einen Platz

Die Kulturliste Köln ist eine Gästeliste der besonderen Art: Ziel des dahinter stehenden Vereins ist es, den Menschen in der Stadt Köln in allen Lebenslagen zu Kulturgenuß zu verhelfen.



Die Teilhabe am kulturellen Leben, an Veranstaltungen - etwa Theater, Konzerten, Lesungen - darf nicht am Geldbeutel scheitern. Arbeitslosengeld II, Niedrigrenten, Bafög usw. erlauben es in der Regel aber auch trotz Köln-Pass nicht, den Eintritt zu den begehrten Veranstaltungen aus eigener Tasche zu bezahlen.

Mit unserer Idee einer „Kultur-Tafel“ für das „Lebensmittel Kultur“ möchten wir beiden Seiten helfen: den Künstlern und den Menschen, die sich die Eintrittskarte nicht leisten können. Leere Publikumsreihen sind weder für Besucher noch für Künstler in Theater-, Konzert- oder Tanzsälen ein schöner Anblick. Der Künstler lebt zwar nicht vom Applaus allein, aber eben auch nicht ohne ihn. Wir kümmern uns darum, dass freie Plätze und Kartenkontingente rechtzeitig an Kölner Bürger vermittelt werden, die sich den Besuch einer solchen Veranstaltung normalerweise nicht leisten könnten. Entsprechend nachhaltig ist unser Ansatz: Wir bewahren Kulturerlebnisse vor dem Verfall, indem wir sie heißhungrigen oder noch nicht auf den Geschmack gekommenen Kulturgenießern vermitteln.

Wer kommt in den Genuss unserer Karten? Alle Kölnerinnen und Kölner mit einem Einkommen bis zu 980 Euro netto können sich als Gast bei der Kulturliste registrieren. Eine Anmeldung per Email oder postalisch genügt: gaeste@kulturliste-koeln.de, Büro Kulturliste Köln e.V. Piusstraße 40, 50823 Köln. Zur Anmeldung wird lediglich ein Nachweis wie der Köln-Pass benötigt. Auf der Anmeldung teilen uns unsere Gäste mit, für welche Kultursparten sie sich interessieren: Egal ob Comedy, Kino, Oper, Ausstellungen, Vorträge - da ist für jeden Geschmack etwas dabei. Und wir beobachten sogar, dass Gäste, die sich zunächst nur für Kino oder Comedy interessiert haben, auch mal das Angebot einer deutlich anspruchsvolleren Abendveranstaltung annehmen und

somit eigene Vorurteile oder innere Barrieren überwinden. Das freut uns als leidenschaftliche Kulturliebhaber und -vermittler natürlich sehr.

Wie arbeiten wir als Verein ganz konkret? Man könnte sagen „Bei Anruf: Kultur!“ Sobald einer unserer über 30 Kulturpartner uns Karten für Konzert, Theater, Festival, Lesung, Führung oder eine andere Kulturveranstaltung

Stadt. Das erfreut, bewegt, führt zusammen und zeigt mitunter sogar ganz neue Perspektiven auf.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, sind auch wir auf die Hilfe anderer angewiesen: Als gemeinnütziger Verein finanzieren wir uns derzeit noch ausschließlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Beide sind steuerlich absetzbar. Schon mit einem Jahresbeitrag von 50 Euro ist uns für den Fortbestand unserer Arbeit sehr geholfen.

Menschen verbinden und Türen öffnen ist nicht nur das Motto unserer Arbeit. Auch wir sind schließlich auf kleine und große Gesten und Hilfestellungen angewiesen, damit unser Vermittlungsapparat langfristig und zuverlässig bestehen und noch weiter wachsen kann.

Wir sind ein noch junger Verein. Erst 2012 gegründet, arbeiteten wir zunächst zu zweit, bald als kleine Gruppe, die sich abends oder am Wochenende zur Teambesprechung im Café oder der Wohnküche traf. Heute zählen wir mehr als 20 Helfer mit den verschiedensten Hintergründen und Biografien. Für eine Mitarbeit reichen schon zwei bis drei Stunden gespendete Zeit in der Woche. Unsere Arbeit lebt nun mal vom persönlichen und individuellen Engagement unserer vielen Mitstreiter. Ob durch die Ansprache neuer Gäste, in der Vermittlung freier Plätze am Telefon oder als Unterstützung unserer Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit: es gibt viele Wege, unser Team zu unterstützen und zu bereichern. Wir freuen uns über jeden, der sich ehrenamtlich und perspektivisch für die Kulturliste Köln engagieren oder bei uns Fördermitglied werden möchte. Wer sich für 2015 also vorgenommen hat, Gutes zu tun: eine E-Mail an helfen@kulturliste-koeln.de genügt, um den Stein ins Rollen zu bringen!

*Anika Lecomte
(Vorstand Kulturliste Köln e.V.)*



tung zur Verfügung stellt, rufen wir unsere Gäste

an und laden sie dazu ein. Jeder Gast darf auch eine Begleitperson mitbringen, die nicht unbedingt Köln-Pass-Inhaber sein muss. Wenn das Angebot zusagt, geben wir nur den Namen der Gäste an den Veranstalter weiter, der sie auf die Gästeliste setzt. So erhalten sie an der Kasse - ohne Hinweis auf die Kulturliste - kostenlosen Zutritt zur Veranstaltung.

Dass unser Angebot gefällt, spiegeln uns immer wieder die dankbaren, teils rührenden Rückmeldungen unserer Gäste am Telefon oder per Mail. Für viele sind unsere Ausflüge ins kulturelle Leben regelrechte Highlights in einer sonst weniger schillernden Zeit. Mit uns sind sie für einen Abend VIPs und mittendrin im gesellschaftlichen wie kulturellen Leben ihrer

TERMINE

Sa., 28. Februar
Rundgang mit Besuch des Grabs von Andreas Gottschalk (Armenarzt, Kommunist), anlässlich seines 200. Geburtstages, VA: DGB u. Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, **Treffpunkt:** *Eingang Piusstr./Ecke Woensamstraße. 15:00 Uhr, Melaten-Friedhof*

Wenn das Volk hungert, darf niemand essen zum 200. Geburtstag von Andreas Gottschalk (Armenarzt, Kommunist), Vortrag: Christian Frings, anschl. Diskussion, VA: DGB u. Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. Ort: *Konferenzraum, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 17 Uhr.*

So., 1. März
Köln bleibt bunt - und wie können wir Flüchtlingen helfen? Linker Frühlingschoppen mit Anja Lenkeit (Die Linke) u. Dr. Wolfgang Uellenberg van Dawen (Runder Tisch Integration). Ort: *Wahlkreisbüro Matthias W. Birkwald MdB, Severinswall 37, 11:00 - 13:00 Uhr*

Di., 3. März
Die essbare Stadt. Gemüse und Obst in Parks und Grünflächen? In den Kölner Stadtbezirken wird gerade diskutiert, ob Bürger nicht gemeinsam pflanzen, pflegen und ernten könnten. Was hat es auf sich mit der »Essbaren Stadt«? Stadtplanerische Avantgarde oder naive Öko-Utopie? Andernach in Rheinland-Pfalz gilt als Vorbild für die »Essbare Stadt«. Heike Boomgaarden hat das Projekt initiiert und erläutert es heute. *19.00 Uhr, Haus der Architektur.*

6. Jahrestag Archiveinsturz
Das Gedächtnis der Stadt ist hin, zwei Menschen sind tot, aber kaum etwas ist aufgearbeitet. Daran erinnert die Initiative Archivkomplex genau

sechs Jahre nach dem Archiveinsturz mit sechs Schweigeminuten am Krater. Am Abend veranstaltet „Köln kann auch anders“ eine Diskussion. Es sprechen u.a. Stadtdirektor Guido Kahlen, Baudezernent Franz-Josef Höing und der Künstler Mischa Kuball. Schweigeminuten: Treffpunkt vor „Papa Rudi's“, *Waidmarkt 2, 13.30 Uhr, Diskussion, 18 Uhr (Ort wird auf archivkomplex.de bekanntgegeben).*

Griechenland und Spanien als Vorbilder für die EU?
Die junge Partei Podemos möchte im spanischen Super-Wahljahr an die Erfolge von Syriza in Griechenland anknüpfen. Sollte ihr dies gelingen, bliebe das auch für das übrige Europa nicht ohne Folgen. Damit der revolutionäre Funke auf Deutschland überspringe, lädt Attac Köln zu einer Veranstaltung mit Podemos-Mitgliedern und Michael Aggelidis, dem Sprecher von Syriza in Deutschland. *19.00 Uhr, Universität zu Köln*

Der Kölner Karneval in der Zeit des Nationalsozialismus. Film u. Buchpräsentation mit Marcus Leifeld, *Ak 4,50. Ort: EL-DE Haus, 19 Uhr*

Mi., 4. März
Neue Macht, neue Verantwortung? Unter diesem Titel diskutieren Vertreter aus Politik und Verbänden Deutschlands Rolle in der internationalen Politik. Wie unser Bundeskanzler fordern auch sie die Übernahme von mehr Verantwortung, mehr Führung bis hin zu militärischem Engagement. Was genau steht in dem dazu herausgegebenen Papier? Worum besteht die neue Verantwortung Deutschlands? Referent: Jürgen Wagner, Politikwissenschaftler, Re-

Kooperationsveranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Donnerstag, 5.3. 2015, 18:00 Uhr

KOMMUNALE VERSORGUNG, SOZIALE DIENSTE UND KULTUR SIND VON FREIHANDELSABKOMMEN BETROFFEN

In den Freihandelsabkommen wird u.a. geregelt, welche Dienstleistungen von den Städten und Gemeinden erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unterliegen müssen. Das bedeutet, dass z.B. Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Kultur, Gesundheitsleistungen oder Nahverkehr verstärkt für Privatisierungen geöffnet werden könnten. Zudem wird die Bevorzugung regional tätiger Anbieter bei öffentlichen Aufträgen erschwert. Hiermit wird die Handlungsautonomie der Kommunen drastisch eingeschränkt. Dagegen wendet sich ein Bürgerantrag, der demnächst im Rat der Stadt behandelt wird.

VertreterInnen der Kölner (Zivil)Gesellschaft, diskutieren, was der Abschluss von TTIP, CETA und anderen Freihandelsabkommen, die sich auf den Sektor öffentlicher Dienstleistungen auswirken, für sie bedeutet.

- Podiumsteilnehmer:**
- Rainer Pläßmann, Stadtwerke Köln
 - Prof. Hans-Georg Bögner, Geschäftsführer des SK Stiftung Kultur, Ehrenvorsitzender des Kulturrat NRW e.V.
 - Wolfgang Scheiblich, SKM
 - Jörg Mährle, DGB Köln
 - Norbert Baumgarten, als Vertreter des No-TTIP-Bündnisses
 - Moderation: Ulrike Detjen, RLS NRW

- Veranstalter:**
- DGB Stadtverband Köln
 - Kölner Bündnis gegen TTIP
 - Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW



Dienstag, 17. März, 19:30 Uhr

Streitgespräch: Brauchen wir einen europäischen Zentralstaat?

Alexander Recht (SoFoR) vs. Prof. Manfred Höpner (MPI für Gesellschaftsforschung
Salon Freiraum, Gottesweg 116 a
Rosa-Lux-Sülz-Klettenberg, SoFoR

daktionsmitglied „Wissenschaft und Frieden“, Vorstandsmitglied Informationsstelle Militarisierung Tübingen. *19.30 Uhr, Tersteegenhaus, große Cafeteria, Emmastraße 6*

Der deutsche Widerstand aus polnisch-evangelischer Sicht. Vortrag zum 70. Todestag von Dietrich Bonhoeffer, Referent: Janusz Witt, Eintritt frei. *Ort: Melancthon Akademie, 19 Uhr.*

On The Side Of The Road. Regie: Lia Tarachansky, ISR/PAL/CDN 13, Film u. Gespräch mit der Regisseurin. *Ort: Kartäuserkirche, Kartäusergasse 7, 19 Uhr.*

Do., 5. März
Gemeinsamlich Wohnen! Stammtisch des „Netzwerkes für gemeinschaftliches Bauen u. Wohnen“, Austausch, Erfahrungen u. mehr. *Ort: Café Libresso, Fleischmenggasse 29, 19 Uhr.*

Anti-Pegida. Eine Streitschrift! Lesung u. Gespräch mit Stefan Weidner (Autor), Moderation: Christian Werthschulte (Stadtrevue), VA: Akademie der Künste der Welt, Ak 3,-. *Ort: King Georg, 21 Uhr.*

Fr., 6. März
Seminar: „Kein Frieden in den Mauern – Die Situation in Ost-Jerusalem“
Ein wichtiger Streitpunkt im Nahostkonflikt ist Jerusalem, das nur wenige Kilometer nördlich von Bethlehem liegt und doch für die meisten Bewohner (Christen wie Muslime) unerreichbar ist, da sie von Israel keine Genehmigung erhalten, die Stadt und ihre heiligen Stätten zu besuchen. Nach der UN-Teilungs-Resolution 181 vom 29.11.1947 sollte die Stadt (einschließlich Bethlehem) ein eigenständiges Gebiet werden, verwaltet von den Vereinten Nationen. Im ersten israelisch-arabischen Krieg wurde jedoch der Ostteil der Stadt einschließlich der Altstadt von Jordanien eingenom-

men, der Westteil von Israel. Die Grenze verlief mitten durch Jerusalem ...

In diesem Wochenendseminar wollen wir uns näher mit der aktuellen Situation in Ost-Jerusalem beschäftigen und welche Auswirkungen die israelische Besatzung auf die Lebenssituation der Palästinenser dort hat.
Seminarbeginn: Freitag, 6. März 2015, 18 Uhr. Seminarende 8. März, 13 Uhr
Seminarleiterin: Petra Schöning. Teilnehmerbeitrag: 45 € (Unterbringung im Doppelzimmer). *Anmeldung Tel./Fax 0221/5 94 98 99, schoening.petra@gmx.de*

Di., 10. März
Rien ne va plus: Kommt ein Kasino ins Kulturquartier? Gesprächsrunde mit Martin Börschel, Moderation: Martin Stankowski, Eintritt frei. Ort: *Haus der Architektur, 19 Uhr.*

Uns verschleppten sie nach Köln ... Auszüge aus 500 Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen, Lesung mit Angelika Lehndorff-Felsko, *Eintritt frei. Ort: EL-DE Haus, 19 Uhr.*

Grenzenloser Krieg? Bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr. Diskussion u.a. mit den Bundestagsabgeordneten Gisela Manderla (CDU), Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) u. Inge Höger (Die Linke), VA: Friedensbildungswerk, Eintritt frei. Ort: Alte Feuerwache, 20 Uhr.

Do., 12. März
„Am Kölnberg“ von Laurentia Genske und Robin Humboldt. Am südlichen Ende Kölns steht die Hochhaussiedlung „Am Kölnberg“. Auf engstem Raum leben hier die unterschiedlichsten Menschen nebeneinander. Robin Humboldt und Laurentia Genske haben an dem sogenannten sozialen Brennpunkt eine ebenso schonungslose wie diskrete Langzeitbeobachtung von vier Bewohnern

gedreht. Die Filmemacher werden anwesend sein.

19.30 Uhr, Filmforum NRW.

Sa., 14. März
Kraake-Festival. Bei diesem ersten großen Event seit dem Umzug des Autonom-Zentrums in die Luxemburger Straße stellt sich NSU-Watch NRW vor, eine Initiative, die die Arbeit des parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschusses in NRW kritisch begleiten will. Der Vortrag ist um 17 Uhr, vorher gibt es Kaffee und Kuchen, hinterher spielen Punk-, Hardcore- und Folkbands, ab 24 Uhr ist Party. *16.00 Uhr, Autonomes Zentrum.*

Kölner Wohnprojekttag. Infostände, Vorträge u. mehr, Info: hda-koeln.de/baugemeinschaften, VA: Netzwerk für gemeinschaftliches Bauen u. Wohnen in Köln. Ort: *VHS Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum, 11 bis 17 Uhr.*

So., 15. März
Todesfabrik Auschwitz. Topographie und Alltag in einem Konzentrations- u. Vernichtungslager, Führung. Ort: *EL-DE Haus, 14 Uhr.*

Das Jüdische Köln. Vom „Jüddespidohl“ durch das jüdische Ehrenfeld, Exkursion, Anm. Museumsdienst, *Treffpunkt EL-DE Haus, 15 bis 16 Uhr.*

Palästinatage 2015: Café Palestine Colonia. Soraya Sala liest aus Susan Abulhawa »Während die Welt schlief«, Musik: Muhammed Tamim. Ort: *Allerweltshaus, 12 Uhr.*

Zwischen Abschottung und konstruktiven Engagement
Wie reagiert Europa auf die dramatischen Krisen u. Konflikte im Krisenbogen von Marokko bis Irak?
Vortrag von Andreas Zumann, VA: *Melanchthon Akademie, Friedensbildungswerk, VHS, Eintritt*

frei. Ort: *VHS Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum, 17 Uhr.*

Mo., 16. März
Inklusion gestalten! Für eine bessere Umsetzung der inklusiven Bildung, Diskussion mit Ulrike Heuer (Amt f. Schulentwicklung), Ralph Fleischhauer (Ministerium f. Schule u. Weiterbildung NRW) u. Elternvertretern, VA: *Elterninitiative Kölner GU-Schulen, Stadtschulpflegschaft u. mittendrin e.V. Ort: VHS Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum, 20 Uhr.*

Mi., 18. März
Einwanderungsland Deutschland. Historischer Rückblick unter Einbeziehung der europäischen Wanderbewegungen, Vortrag von Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Auftakt der Reihe *Einwanderungsland Deutschland: Hintergründe - Kontroversen - Perspektiven*, Eintritt frei. Ort: *Friedensbildungswerk, 19.30 Uhr.*

Do., 19. März
Die Reise zum sichersten Ort der Erde. Die Suche nach einem Atomendmülllager, Film von Edgar Hagen, Gespräch mit Roland Schüller, VA: *Friedensbildungswerk. Ort: Filmhauskino, 18.30 Uhr.*

So., 22. März
Das Jüdische Köln. Seit fast 2000 Jahren ist jüdisches Leben mit der Kölner Stadtgeschichte verwoben. Bis auf das Jahr 321 datiert die erste schriftlich belegte jüdische Gemeinde nördlich der Alpen zurück, die während des Nationalsozialismus fast völlig zerstört wurde. Im Rahmen der »Jüdischen Kulturtag Rheinland« führt Tal Kaizman von Rhenania Judaica durch das jüdische Köln. Anmeldung unter 0160-93778778 oder tal@jnf-kkl.de. Treffpunkt: *Historisches Rathaus, Judengasse/ Ecke Ausgrabung jüdisches Viertel, 12.00 Uhr.*

Mo., 23. März
Das Berliner Arnold-Fortuin-Haus für Romafamilien und das Nostel für Obdachlose als Beispiel modellhafter Wohnbauprojekte, Vortrag von Benjamin Marx, *Eintritt frei. Ort: Melanchthon Akademie, 19.30 Uhr.*

Di., 24. März
StadtRevue-Ratsticker. Kommentare, Analysen und hemmungslose Flachwitze, bevor es uns und euch langweilig werden kann. www.stadtrevue.de
15.30 Uhr, Rathaus

Sa., 28. März
Palästinatage 2015: Am Checkpoint. Mahnwache u. Flashmob, VA: *Kölner Frauen in Schwarz. Ort: Brunnen vor dem Kaufhof, Hohe Str./Ecke Schildergasse, 15.00 – 18.00 Uhr*

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.3.2015

TERMINE DER FRAKTION

ARBEITSKREISE
AK Umwelt
Mo, 2. März, 17 Uhr
AK Integration
Do, 5. März, 18 Uhr
AK Stadtentwicklung
Do, 5. März, 18.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion
Mo, 9. März, 17.30 Uhr
AK Umwelt
Mo, 6. April, 17 Uhr
AK Kunst und Kultur
Mo, 13. April, 18.30 Uhr
AK Soziales und Stadtentwicklung
Do, 16. April, 18 Uhr
AK Soziales
Do, 16. April, 19.30 Uhr
AK Jugend und Schule
Do, 16. April, 20 Uhr

**STRATEGIEDISKUSSION:
Arbeit und Ziele der Fraktion im laufenden Jahr**
Sa, 7. März, 13-17 Uhr
Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal, Rathausplatz

Platzj^{ab}beck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj^{ab}beck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

JAMAICA, FRAU REKER UND DAS AUTO

CDU, Grüne, FDP und Deine Freunde gehen mit einer gemeinsamen Kandidatin, der Sozialdezernentin Frau Henriette Reker, in das Rennen um das höchste Amt der Stadt. In den nächsten Ausgaben dieser Zeitung werden wir die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede dieses Jamaica-Bündnisses beleuchten.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Grüne und FDP in der Verkehrspolitik sehr weit auseinander liegen. Die FDP ist nach wie vor von der Idee der autogerechten Stadt begeistert. Sie unterfüttert diese wahnwitzige Idee aus den 1970er Jahren mit der Freiheit des Individuums. Jeder hat das Recht mit seinem Auto zu fahren. FDP-Ratsherr Houben hat das in seiner Rede zur Elektromobilität am 13.11.2014 noch einmal untermauert: „Ich nehme das Recht für mich in Anspruch mich auch weiterhin individuell in meinem Fahrzeug (Anmerkung: gemeint ist ein 3 Tonnen schwerer PKW) zu bewegen.“

Die Grünen engagieren sich schon lange für eine Wende in der Verkehrspolitik. Sie unterstützen die Verwaltung richtigerweise in ihrem Bestreben bis 2025 den Autoverkehr auf ein Drittel am Gesamtverkehrsaufkommen zu reduzieren. Auch die Grünen haben in der o.g. Ratssitzung am 13.11.2014 zum Thema Auto gesprochen. Der Grüne Lino Hammer dazu: „Ein Auto bleibt ein Auto, bleibt ein Auto [...] denn auch ein Elektroauto ist dem MIV zuzurechnen [...] wenn wir es jedoch ernst meinen mit dem Klimaschutz [...] geht dies nur mit der Verkehrswende.“

Eine echte Wende in der Verkehrspolitik konnten die Grünen bis dato nicht einleiten. Das kann auch an den bisherigen Bündnispartnern gelegen haben. Mit CDU und FDP als grünem Partner dürfte die Einleitung einer Verkehrswende in Köln vom Tisch sein.

Über die verkehrspolitischen Ziele von Frau Reker ist noch nicht viel bekannt. Auf ihrer Homepage fordert sie: „Die Rückgabe der Kölner Innenstadt an ihre Einwohnerinnen und Einwohner durch die Entzerrung des Autoverkehrs.“

Dieser Satz wirft sehr viele Fragen auf: Warum will Frau Reker nur den Einwohner/-innen der Innenstadt mehr Platz verschaffen? Auch andere Stadtteile wie Mülheim, Meschenich und große Teile von Porz ersticken fast im Autoverkehr.

Was bedeutet „den Autoverkehr entzerren“? Will sie mehr Autospuren, damit das Auto schneller durch die Stadt kommt, also FDP-Ideen umsetzen, oder will sie das Auto aus der Stadt zurückdrängen?

So, wie dieser Satz auf der Internetseite steht, ist er völlig inhaltsleer. Eine deutliche Positionierung würde den einen oder eben den anderen Unterstützer womöglich verschrecken.

Michael Weisenstein

Auch für Radfahrer: DIE LINKE fordert radikale Verkehrswende

Köln wird von Radfahrern und Radfahrerinnen nur mit 4 minus benotet – das ergab der jährliche Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs ADFC. Diese Note reichte gerade zu einem drittletzten Platz unter den deutschen Städten mit über 200.000 Einwohnern, obwohl in der Rheinmetropole bereits 15 % aller Verkehre mit dem Rad abgewickelt werden.

Das ist nicht hinnehmbar. Ein vernünftiges Radwegekonzept lässt sich in der autogerechten Stadt nicht realisieren. Köln braucht eine radikale Verkehrswende. Die jahrzehntelange Privilegierung des Autos muss ein Ende haben. Nun müssen die Verkehrsflächen endlich gerechter verteilt werden. DIE LINKE will überdimensionierte Autostraßen zurückbauen und Auto-parkflächen am Straßenrand zu Gunsten von Radlern und Fußgängern umwandeln. Das betrifft beispielsweise die Ringe, die Nord-Süd-Fahrt, die Innere Kanalstraße oder den Clevischen Ring.

2025 sollen zwei Drittel aller Wege mit dem Fahrrad, Bussen und Bahnen oder zu Fuß bewältigt werden, so der Leitgedanke

im städtischen Mobilitätskonzept „Köln mobil 2025“. Um dieses selbst gesteckte Ziel Kölns zu erreichen, ist der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs absolut notwendig. Die wichtigsten Projekte sind zunächst der Ausbau der Linie 13 bis zum Rheinufer und rechtsrheinisch eine oberirdische Stadtbahn, die Mülheim, Kalk und Porz verbindet.

Aber der öffentliche Nahverkehr soll nicht nur von guter Qualität sein. Fahrten mit der KVB müssen sich auch alle leisten können. Deswegen will DIE LINKE ihn langfristig über eine sozial gestaffelte Nahverkehrsumlage finanzieren. Alle Kölnerinnen und Kölner würden fahrscheinlos fahren können, so viel sie möchten und dafür pauschal nicht mehr als 30 Euro im Monat bezahlen. Menschen mit geringem Einkommen zahlen entsprechend weniger, Industrie und Handel müssen auch einen Beitrag leisten. Eine Befragung während des Kommunalwahlkampfes 2014 ergab, dass eine Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner diese Forderung der LINKEN befürwortet.

Michael Weisenstein